

Bericht über die Veranstaltung mit Nick Brauns am 21.11.2015 in Duisburg

(zuerst veröffentlicht in *Avanti O.* Nr. 16, 17 und 19, siehe www.rsb4-oberhausen.de)

Der Referent

Dr. Nick Brauns wurde 1971 in München geboren und lebt und arbeitet heute in Berlin. Türkei/Kurdistan gehört zu seinen Schwerpunktthemen, und er unternimmt regelmäßig politische Studienreisen in den Nahen Osten.

Ein weiteres Spezialgebiet von Nick Brauns ist die Geschichte der ArbeiterInnenbewegung. So hat er in Neuer Geschichte über die Rote Hilfe Deutschlands promoviert.

Auf seiner Website findet Ihr neben Informationen zu seiner Person auch Fotoreportagen und zahlreiche Texte unter anderem über den Nahen Osten.

Es lohnt sich, diese Website anzuschauen, wenn Ihr mehr Informationen zum Beispiel über die Situation in der Türkei vor und nach den letzten Wahlen, über die Verteidigung der kurdischen Stadt Kobanê (Rojava, Syrien) gegen den so genannten IS und über die Lebensbedingungen in Kurdistan haben möchtet:

www.nikolaus-brauns.de

Nordkurdistan / Türkei Freiheit hinter Barrikaden

Bei der vorgezogenen Parlamentswahl in der Türkei am 1. November gewann die AKP, „Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung“, die absolute Mehrheit zurück. Der Journalist und Historiker Dr. Nick Brauns hatte in den Wochen vor der Wahl die kurdischen Landesteile der Türkei bereist. Über seine Eindrücke und seine Einschätzung der Lage nach der Wahl berichtete er am 21. November bei einer Veranstaltung, zu der NAV-DEM Duisburg¹ eingeladen hatte.

Linda Martens

Der Wahlsieg der AKP, der Partei des amtierenden Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdogan, war ein Schock für demokratisch gesonnene Menschen in der Türkei und erzeugte Ratlosigkeit. Nick Brauns, der Nordkurdistan – den Osten der Türkei – in den vergangenen 15 Jahren immer wieder besucht hatte, betonte zu Beginn der Veranstaltung, wie wichtig es sei, diese Wahl historisch einzuordnen: Dadurch würden Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten für fortschrittliche Kräfte sichtbar, und die Schockstarre könnte weichen.

Historische Einordnung der Wahl in der Türkei

So beschränkte er seinen Bericht nicht auf die Erfahrungen, die er bei seiner letzten Reise gesammelt hatte, sondern gab den TeilnehmerInnen einen Überblick über die Entwicklung der Türkei seit dem Ende der 1990er Jahre – der Zeit, wo die AKP begann, bedeutsam zu werden.

Die damalige Türkei skizzierte er als einen verrotteten, mafiösen Staat, der vom schmutzigen Krieg gegen Kurdistan geprägt und durchmilitarisiert war. 1999 wurde der Vorsitzende der ArbeiterInnenpartei Kurdistans (PKK), Abdullah Öcalan, in die Türkei verschleppt. Bürokratische

¹ Der bundesweit tätige Verein NAV-DEM ist Ergebnis der Neuorganisation der Arbeit des Dachverbandes kurdischer Vereine und Institutionen. Er löst die Föderation der Kurdischen Vereine in Deutschland – YEK-KOM e.V. – ab. Der NAV-DEM e. V. soll die Zusammenarbeit von Frauen, Jugendlichen, verschiedenen kurdischen Religionsgemeinschaften und der insgesamt 260 Vereine und Einrichtungen koordinieren. Die primäre Entscheidungsbefugnis liegt dabei bei den Gesellschaftszentren auf der lokalen Ebene. Ziel der Neuorganisation ist die Organisation und Förderung der Demokratie an der Basis. Mehr Informationen unter www.navdem.com.

Strukturen und der Einfluss der Mafia stellten Hindernisse dar für die wirtschaftliche Entwicklung der Türkei.

Um die Entwicklung des Landes zu ermöglichen, bedurfte es einer neuen Partei. Die AKP schien die Rolle einer Reformpartei spielen zu können. Sie hatte alle antiwestlichen Punkte aus ihrem Programm gestrichen.

2002 wurde die AKP auf Anhieb stärkste Partei und stellte allein die Regierung. Zu Beginn trat sie liberal auf und führte Reformen ein – einige allerdings nur auf dem Papier. Großen Applaus für ihre Politik erhielt die AKP von der Wirtschaft: Denn sie führte Privatisierungen durch, liberalisierte den Arbeitsmarkt und baute soziale Rechte ab, um sie durch islamische Wohlfahrtspflege zu ersetzen.

Angeblich führte Erdogans Politik zum Wirtschaftsaufschwung. Der Aufschwung beruhte jedoch wesentlich auf dem Zufluss von ausländischem Kapital. Problematisch war auch, dass sich in der Türkei keine produzierende Industrie entwickelte. Lediglich die Bauindustrie weitete sich aus, und es entstand eine Immobilienblase.

In den Jahren 2002 bis 2009 baute die Regierung den türkische Staat um und drängte das Militär zurück. Die AKP wurde zur Staatspartei. Es fand ein Elitenwechsel statt, die alte Elite wurde zum Teil weggesperrt.

Im Jahr 2010 wurde mit Hilfe eines Referendums die Justiz der AKP untergeordnet. Seitdem ballt sich die gesamte Staatsmacht bei der AKP, die zunehmend autoritär handelte. Im selben Jahr wurden streikende TabakarbeiterInnen von Spezialeinheiten der Polizei mit Pfefferspray und Wasserwerfern angegriffen. Die Regierung baute mit religiös verbrämter Politik Feindbilder auf, die Handlungsfreiheit von Frauen wurde durch Moralvorschriften eingeschränkt.

Im Jahr 2013 geriet die Macht der AKP in eine Krise. Erdogan musste öffentlich eingestehen, dass die kurdische Frage militärisch nicht zu lösen ist. Es begann der Dialog zwischen der türkischen Regierung und dem PKK-Vorsitzenden Öcalan. Der Kampf um die Selbstbestimmung der KurdInnen wurde seitens der PKK nun als politischer und nicht mehr als bewaffneter Kampf geführt.

Im Sommer desselben Jahres setzten auch die Gezi-Park-Proteste ein, in denen sich der Frust aller GegnerInnen des Erdogan-Regimes entlud – sowohl der linken als auch der rechten. Millionen gingen gegen die Regierung auf die Straße. Der Staat reagierte auf die Proteste mit Gewalt in Form von Prügel und Gasgranaten. Zehn DemonstrantInnen wurden getötet.

Durch die Gezi-Park-Bewegung, vor dem Hintergrund des Arabischen Frühlings, wurde das Image der AKP, Vorbild für den Nahen Osten zu sein, zerstört. In der Folge wurde ausländisches Kapital aus der Türkei abgezogen.

Ab 2012 wurde die türkische Regierung mit der Ausweitung der Revolution in Rojava und der Selbstverwaltungsbewegung konfrontiert. „Rojava“ ist die kurdische Bezeichnung für die überwiegend kurdisch bewohnten Regionen im Norden Syriens, also für Westkurdistan. Die Fahnen der PYD – der „Partei der Demokratischen Union“, die der PKK nahe steht – waren von der türkischen Grenze aus zu sehen. Für die AKP war dies ein Schock.

2012 wurde auch die mehrheitlich kurdische HDP – die Demokratische Partei der Völker – gegründet und gewann bald an Bedeutung.

Im Dezember 2013 begann der scharfe Konflikt zwischen der AKP-Regierung und der Bewegung des Predigers Fethullah Gülen, die bis dahin Verbündete waren. Die Gülen-Bewegung wurde von der Regierung für die Einleitung von Korruptionsverfahren u. a. gegen Erdogan verantwortlich gemacht und zum Staatsfeind erklärt.

Das Konzept von Erdogan, mit dieser Krise fertig zu werden, bestand darin, den so genannten IS² zu unterstützen. IS-Kämpfer, die bei den Angriffen auf kurdische Städte in Rojava verletzt wurden, wurden in türkischen Krankenhäusern behandelt. Mit LKW wurden aus der Türkei Waffen für den „IS“ nach Syrien transportiert.

Das Konzept scheiterte:

² IS steht für „Islamischer Staat“, oder anders ausgedrückt: für den Daesch.

Durch den erfolgreichen Kampf gegen den „IS“ konnte die PKK ihr Ansehen deutlich verbessern und bekam ein gutes Image als Verteidigerin demokratischer Rechte. Die USA wurden dadurch und durch die entstandene internationale Solidaritätsbewegung so unter Druck gesetzt, dass sie auf Seiten der KurdInnen militärisch eingreifen mussten.

Dies wirkte auch in die Türkei hinein:

Die Menschen konnten sehen, dass es eine Kraft gab, die in der Lage war, dem „IS“ entgegen zu treten und die erkämpften Rechte zu verteidigen. Unterdrückte Bevölkerungsgruppen und fortschrittliche Kräfte wie AlevitInnen und Linke schöpften dadurch neuen Mut.

Auf dieser Entwicklung und auf der Gezi-Park-Bewegung konnte die HDP aufbauen und ihr Image, reine Interessenvertretung der KurdInnen zu sein, ablegen. Sie wurde nun als Partei aller demokratischen Kräfte, die für politische und soziale Rechte von Ausgebeuteten und Unterdrückten kämpfen, wahrgenommen.

Der „Friedensprozess“ ab 2008

Ehe er auf die diesjährigen Wahlen in der Türkei einging, fasste der Referent den Verlauf des so genannten Friedensprozesses zusammen:

Seit 1984 führten Einheiten der ArbeiterInnenpartei Kurdistans (PKK) in der Türkei einen bewaffneten Befreiungskampf. Zigtausende Menschen – zumeist KurdInnen – wurden in dessen Verlauf getötet, Abdullah Öcalan, Vorsitzender der PKK, wurde verhaftet und ist seit dem 15. Februar 1999 auf der Gefängnisinsel Imrali im Marmarameer inhaftiert.

Bereits 2008 / 2009 hatte es in Oslo Geheimverhandlungen zwischen der türkischen Regierung und der PKK gegeben. 2012 ging die Guerilla in die Offensive. Kurdische politische Gefangene traten massenhaft in den Hungerstreik. Es gelang ihnen durchzusetzen, dass die offiziellen Verhandlungen ab diesem Zeitpunkt mit dem von ihr gewünschten Verhandlungsführer Abdullah Öcalan geführt wurden.

In den Verhandlungen verfolgte die PKK das Ziel, die kurdische Frage zu lösen, während das Interesse der türkischen Regierung darin bestand, die PKK zu entwaffnen. So spielte die AKP auf Zeit und machte Versprechungen, unternahm aber keine praktischen Schritte, um mit der PKK zu einer Einigung zu kommen.

Zwei Jahre lang gab es zwischen den beiden Parteien keine bewaffneten Auseinandersetzungen. Die PKK räumte ihre Stellungen, und die türkische Regierung errichtete an denselben Orten militärische Stützpunkte. Die PKK baute Strukturen auf, die mit Kommunen vergleichbar waren und organisierte Selbstschutzgruppen.

Während der Verhandlungen konnte Abdullah Öcalan keinen Kontakt zu seinen Leuten aufnehmen. Es gab keine BeobachterInnen im Friedensprozess, also auch keine Kontrolle darüber, dass Absprachen eingehalten wurden.

Am 28. Februar 2015 schien mit dem 10-Punkte-Protokoll der Durchbruch erreicht. Jedoch bereits einen Tag später erklärte Erdogan das Protokoll für ungültig. Bereits zu diesem Zeitpunkt war der Friedensprozess faktisch beendet: Seit März 2015 gab es keinen Kontakt mehr zwischen Erdogan und Öcalan.

Die Parlamentswahlen im Juni 2015

Mit diesem Punkt schloss Nick Brauns seine Darstellung von der Entwicklung der Türkei ab und ging dazu über, die heutige Situation zu erläutern:

Um eine Mehrheit für die Parlamentswahlen im Juni 2015 zu gewinnen, orientierte Erdogan sowohl auf konservative Kurden als auch auf türkische Nationalisten – ein politischer Spagat.

Die 2012 gegründete mehrheitlich kurdische HDP – die Demokratische Partei der Völker – wollte er mit einem Kuhhandel für sich gewinnen. Er machte ihr Zugeständnisse für den Fall, dass die HDP ihre Zustimmung zu einer Verfassungsänderung geben und damit den Weg für eine Präsidentschaft frei machen würde. Die HDP wies dieses Ansinnen zurück.

Die AKP reagierte auf die Ablehnung mit Terror gegen die HDP, mit Einschüchterungen und Provokationen. Dennoch erhielt die HDP bei der Wahl am 7. Juni 2015 13 Prozent der Stimmen. Sie

war im Vorfeld der Wahl überzeugend als Partei aller demokratischen Kräfte, die für politische und soziale Rechte von Ausgebeuteten und Unterdrückten kämpfen, aufgetreten.

Für die AKP bedeutete der Wahlerfolg der HDP eine schwere Schlappe. Sie verlor die absolute Mehrheit. Aus der Sicht von Erdogan war das Wahlergebnis ein Fehler, der durch Neuwahlen korrigiert werden musste.

Erdogans Strategie der Spannung

Um dies zu erreichen, griff er nach der Schilderung des Referenten zu einer Strategie der Spannung:

In den folgenden Monaten schürte Erdogan Chaos und Gewalt. Angriffsziele waren dabei vornehmlich seine politischen GegnerInnen. Er handelte in der Annahme, dass dieses Vorgehen nicht der AKP schaden, sondern vielmehr den Ruf nach einem starken Mann, der für Ruhe sorgen soll, lauter werden lassen würde. Denn die Menschen in der Türkei sehnen sich nach Frieden.

In diese Zeit fiel auch das Selbstmordattentat des „IS“ am 20. Juli 2015 in der türkischen Grenzstadt Suruç. Mehr als 30 AktivistInnen einer sozialistischen pro-kurdischen Jugendorganisation, die in der Stadt waren, um über Wiederaufbaupläne für die benachbarte syrische Grenzstadt Kobanê zu diskutieren, kamen dabei ums Leben. Eine „IS“-Zelle aus der südosttürkischen Provinz Adiyaman konnte diesen Anschlag quasi unter den Augen der türkischen Polizei und der Geheimdienste vorbereiten und durchführen.

Die PKK tötete daraufhin zwei türkische Polizisten, denen sie Kooperation mit dem „IS“ vorwarf. Erst jetzt erklärte Erdogan den Friedensprozess offiziell für beendet. Die PKK kündigte ebenfalls den Waffenstillstand auf.

Erdogan gab der HDP die Schuld an den Toten von Suruç: Angeblich wäre das Attentat nicht passiert, wenn die AKP bei der Wahl mehr Stimmen erhalten hätte.

Ein faschistischer Mob griff Büros der HDP, Wohnungen ihrer Mitglieder und ihre die UnterstützerInnen an. Die Angriffe gingen jedoch nicht von Grauen Wölfen aus, sondern von einer Gruppe, die zuvor lediglich als ein Art Folkloretruppe in Erscheinung getreten war. Diese wurde von der AKP zu einer Straßenarmee umgebaut – zu Erdogans persönlichen „Grauen Wölfen“.

Auch in Nordkurdistan setzt die türkische Armee seitdem schwere Waffen und Scharfschützen ein. Ziel dieser Angriffe sind nicht AktivistInnen, sondern ZivilistInnen. Auch Kinder und alte Menschen werden von Scharfschützen erschossen. Gegen die Bevölkerung werden Ausgangssperren verhängt.

Auf Fotos, die während des Referats an die Wand geworfen wurden, waren aufgetürmte Sandsäcke in den Straßen zu sehen. Die Bilder stammten nicht aus Syrien, sondern aus dem Osten der Türkei.

Angriffe und Widerstand

Im kurdischen Städten und Ortschaften wurden ab August 2015 Ausgangssperren gegen die Bevölkerung verhängt, und das Militär ging mit schweren Waffen und Scharfschützen gegen die BewohnerInnen vor. Die Opfer waren ZivilistInnen, so auch Kinder und alte Menschen.

In Sirnak, Cizre und Diyarbakir Sur gingen die Angriffe von Leuten aus, die sowohl von ihrem Aussehen als auch von ihrer Mentalität an den so genannten IS erinnerten. Nick Brauns berichtete, dass sie die gleichen Schriftzüge auf Häuser sprühten, wie sie auch vom „IS“ in Rojava³ hinterlassen wurden.

Im Osten der Türkei bildeten sich ähnliche Strukturen der Selbstverwaltung wie in Rojava in Nordsyrien. Es gab eine große Verteidigungs- bereitschaft für die selbstverwalteten Viertel. Die BewohnerInnen errichteten mit Sandsäcken Blockaden gegen die Panzer des türkischen Militärs. Fahnen der kurdischen Volksverteidigungseinheiten YPG waren zu sehen.

Anders verhielt es sich in Diyarbakir. Hier erklärte sich nur die Altstadt, Sur, autonom. Die Verteidigung des Stadtteils konnte nicht durchgehalten werden, und so erteilte die PKK einen

³ Rojava, Westkurdistan, ist eine Region im Norden Syriens. Nach dem Ausbruch des Bürgerkriegs in Syrien begannen 2012 die BewohnerInnen von Rojava mit Erfolg, demokratische Selbstverwaltungsstrukturen aufzubauen. Sie sind ein bevorzugtes militärisches Angriffsziel des „IS“, des Daesch.

Rückzugsbefehl. Ein Teil der Bevölkerung gab der PKK die Schuld daran, dass ihre Stadt zerstört wurde, und wählte darum bei der vorgezogenen Wahl am 1. November 2015 Erdogans AKP. Dies waren zum Beispiel kleine Ladenbesitzer.

Andere waren wütend auf die PKK, weil sie nicht in der Lage war, die Zivilbevölkerung zu schützen. Der Referent sagte, dies sei ernst zu nehmen, denn es sei für den Wahlerfolg der AKP im November von Bedeutung gewesen. Er stellte fest: Je besser die Menschen organisiert waren, umso weniger Angst hatten sie auch. Und umso größer war die Zustimmung für die HDP.

Die Herrschaft Erdogans

Die AKP gewann im November die absolute Mehrheit zurück. Wie ist der Wahlerfolg der AKP zu erklären? Wahlmanipulationen können nach Nick Brauns nicht ausschlaggebend gewesen sein. Die habe es auch in der Vergangenheit immer gegeben.

Das Kalkül von Erdogan, dass er gewählt würde als der starke Mann, der wieder für Ruhe sorgen würde, sei zum Teil aufgegangen. Jedoch sei es nicht gelungen, die HDP unter 10 % zu drücken. Sie habe eine feste Stammwählerschaft. Allerdings habe Erdogan die Hälfte der WählerInnen der Grauen Wölfe abwerben können. Der Preis hierfür sei die Faschisierung der AKP.

Ist die Herrschaft Erdogans nun zementiert? Dieser Meinung war der Referent nicht:

Die von ihm zu Beginn der Veranstaltung beschriebene Instabilität der türkischen Wirtschaft gebe es weiterhin. Früher oder später würde die Schuldenblase platzen – und mit ihr auch der Mythos, die AKP habe für wirtschaftlichen Aufschwung gesorgt.

Der von den WählerInnen erhoffte Frieden würde nicht kommen, sondern der Krieg würde weiter gehen – auch durch die anhaltenden Kämpfe in Rojava.

Zur Wahrung der eigenen Interessen würde Russland es nicht zulassen, dass die Türkei in Syrien einmarschiere.

Als herrschaftsstabilisierend kritisierte er die Haltung der BRD und der EU, die Erdogan als Hilfssheriff für den Flüchtlingsstopp bräuchten und ihn darum unterstützten.

In der anschließenden Diskussion äußerte er die Ansicht, dass ein echter Friedensprozess möglich sei: Die Forderungen, die von Seiten der KurdInnen aufgestellt würden, wie kommunale Selbstverwaltung oder kurdisch-sprachiger Schulunterricht, seien auch von einem kapitalistischen Staat erfüllbar. Eine Entschärfung der kurdischen Frage könnte sogar im Interesse des Kapitals sein.

Er bejahte die Frage, ob er die Gefahr eines ethnischen Bürgerkriegs in der Türkei sehe. Er hielt es für möglich, dass Erdogan den Weg „Krieg der Türken gegen die Kurden“ wählen könnte. Ein Problem sei, dass eine ganze Generation so sozialisiert sei, dass sie hinter Erdogans Hetze stehe. Auf der Seite der KurdInnen sah er so ein Potential (noch) nicht. Sie hätten den Kampf für alle Völker der Region als Ziel, wie es von der PKK aufgestellt worden sei.

Was tun?

Nick Brauns vertrat die Auffassung, dass die Selbstverteidigungskräfte vorangetrieben werden müssten – auch in der Westtürkei. Strukturen der Selbstverwaltung müssten geschaffen bzw. ausgebaut werden. Die Menschen sollten auf ihre eigene Kraft vertrauen, anstatt auf den Staat zu hoffen. Der Aufbau der Selbstverwaltung sei der beste Schutz. Auf diese Weise würden Rückzugsgebiete geschaffen, aus denen heraus am Ende der Sturz Erdogans möglich sei. ■

Nick Brauns: Perspektiven aus heutiger Sicht (2. März 2016)

Ich denke weiterhin nicht, dass Erdogans Herrschaft auf Dauer zementiert ist, da ja wirtschaftliche Probleme weiterbestehen. Zudem ist das außenpolitische Konzept der AKP in Syrien gescheitert, während die Kurden dort dank des russischen Eingreifens ihren Handlungsspielraum – jetzt umworben von Washington und Moskau – erweitern konnten.

Allerdings zeigt sich, dass das Konzept der Autonomie in den kurdischen Städten der Türkei gegen die ganze Macht eines feindlichen Staatsapparates nicht durchzuführen ist. Öcalans Buch, in dem er seine Theorien von Selbstverwaltung erläutert, hat auf deutsch den Titel „Jenseits von Staat, Macht und Gewalt“. Angesichts der weitgehenden Zerstörung von Städten wie Cizre und Diyarbakir Sur, der Vertreibung hunderttausender Einwohner und der Massaker an hunderten sowie der wohl systematischen Ermordung der städtischen Avantgarde der kurdischen Bewegung kann leider keine Rede von einem solchen anarchistischen Konzept des „Jenseits von Staat und Macht“ sein. Der bürgerliche Staatsapparat kann – wie wir von Lenin wissen – nicht einfach von den Arbeitern übernommen werden. Er kann aber – wie es sich Öcalan erhofft – auch nicht einfach links liegen gelassen werden. Er muss vielmehr – wieder Lenin – zerschlagen und durch den Rätestaat ersetzt werden.

Damit zeigt sich: Ohne eine Veränderung in der ganzen Türkei wird es nicht möglich sein, in Kurdistan die demokratische Autonomie auf kommunaler Grundlage aufzubauen. So wurde die Guerilla von der Heftigkeit der Angriffe mit Panzern und Artillerie auf die Städte in ihren Winterlagern in den Bergen überrascht und konnte nicht auf Seiten der attackierten Zivilbevölkerung eingreifen. Das könnte sich im März nach Schneeschmelze ändern. Dann droht der Krieg weiter zu eskalieren. Damit könnte zwar das Militär zurückgedrängt werden. Doch jeder tote Soldat führt in der Westtürkei zu nationalistischen Aufwallungen, dann drohen neue Pogrome gegen die HDP und Kurden generell. Die Spaltung des Landes wird damit weiter verschärft, auch wenn der wahre Separatist Erdogan und nicht die für eine gemeinsame, demokratische Türkei Eintretende PKK ist.

Skeptischer als noch im November bin ich bezüglich der Westtürkei.

Die Einschüchterung der außerparlamentarischen Opposition nach dem Anschlag von Ankara und dem AKP-Wahlsieg, die Gleichschaltung der Medien mit ihrer nationalistischen Hetzpropaganda und die erneute Militarisierung der Gesellschaft haben ihre Spuren hinterlassen. Abgesehen von dem Akademikerappell für den Frieden von 2.000 Wissenschaftlern (die dafür jetzt wegen Terrorpropaganda verfolgt werden) wurden in den letzten Wochen keine Stimmen gegen die Massaker in Kurdistan laut. Nur Kurden und Kommunisten gehen in der Westtürkei – in kleiner Zahl – noch gegen den Krieg auf die Straße.

Die HDP ist in der öffentlichen Wahrnehmung wieder auf den Stand einer kurdischen anstelle einer türkeiweiten Linkspartei zurückgefallen. Ein positiver Ausblick fällt mir daher wesentlich schwerer als im November. Einziger Lichtblick: bei Renault in Bursa gibt es gerade wilde Streiks gegen die Entlassung von Gewerkschaftern, und am Schwarzen Meer in Artvin (einer sehr konservativ-nationalistischen Ecke) gibt es große Proteste gegen umweltzerstörerischen und giftigen Bergbau. Funken von Opposition gegen Erdogan sind also auch im Westen des Landes noch da.

Herzliche Grüße
Nick